



Prof. Dr. Franz Walter

Zwischen Bürgerprotest und Politikverdrossenheit: Entgleitet uns die Demokratie?

Vortrag auf dem vhw-Kongress „Stärkung lokaler Demokratie“ am 25. Februar 2011 in Berlin



Das ist wieder so ein alarmistischer Titel, der dem Konferenzredner und Artikelverfasser hier gegeben wurde. Dabei: Eigentlich muss man den so zyklischen wie routinierten Alarmismus der professionellen Politikdeuter nicht ganz für bare Münze nehmen. Noch hat keine der unzähligen Parteien- und Politikverdrossenheitsdebatten zum Kollaps der Republik geführt. Sobald sich die Aufregung nach den großen Krisenstürmen in schöner Regelmäßigkeit wieder zu legen pflegt, pendeln sich die zuvor jäh verrutschten Sympathiewerte etwa für die Parteien ebenso regelmäßig wieder auf ein unspektakuläres Maß ein. Jedenfalls scheint es auf den ersten Blick so.

Auf dem zweiten Blick stellt man fest, dass sich zumindest erfahrene Parteiarbeiter schon erheblich darüber sorgen, wie porös und instabil ihre Organisationen mittlerweile tatsächlich geworden sind. Sie wissen, dass Restmitglieder und -aktive in den letzten Jahren kräftig an Selbstbewusstsein und Eigensinn verloren haben. Eben deshalb reagieren Parteien und Politikeliten auf Attacken der Medien, jetzt ebenfalls der minuten-schnell agierenden Internetgemeinden chronisch nervös und kopflos. Sie sind durch externe Stimmungsveränderungen leichter aus der Fassung zu bringen als in früheren Jahren. Denn: Sie sind sich ihrer selbst nicht mehr gewiss. Es mangelt ihnen keineswegs an materiellen Ressourcen, die durch die staatliche Finanzierung recht üppig sprudeln. Es mangelt ihnen ebenso nicht an Einfluss, nicht an Patronagemöglichkeiten. Indes, es fehlt ihnen an Selbstbewusstsein, an der Sicherheit, an der Bedeutung, an der Zukunft ihrer eigenen Sinnperspektive.

Die Parteien sind im öffentlichen Leben nach wie vor omnipräsent, wirken dabei aber doch auffällig ziellos. Das ist nicht ganz neu, aber es ist doch anders als, sagen wir, in den 1950er oder 1970er Jahren, selbst noch etwa im Jahr 1998. Da schienen die Parteiaktivisten einigermaßen zu wissen, weshalb sie ihre Tapeziertische mit Werbematerial Samstag für Samstag in die Fußgängerzonen ihrer Städte trugen und aufstellten. Das ist ihnen im Jahr 2011, ist ihnen in der gesamten letzten Dekade keineswegs mehr so eindeutig klar gewesen. Zählt für die Union wirklich noch Christentum, Patriotismus, Konservatismus; streben die Sozialdemokraten ernsthaft noch in eine Gesellschaft der Gleichen, der Demokratisierung der Wirtschaft, des genossenschaftlichen Prinzips? Was bedeuten der FDP bürgerliche Werte – und gegen wen sollten sie noch

abgegrenzt sein? Wissen die politischen Formationen, was ihr „Lebensinhalt“ (Konrad Adenauer) künftig ist? Unsicherheiten, Diffusionen, Zweifel – allüberall.

Ein dritter Blick: Am 27. September 2009, dem Tag der Bundestagswahlen, verbuchten die Parteien der dann folgenden bürgerlichen Regierungskoalition gut 300.000 Wähler weniger als 2005, als es für ein solches Kabinett noch nicht reichte. Die CDU/CSU erreichte rund 23% aller Wahlberechtigten, konnte gleichwohl die Kanzlerin stellen. 1976 kam die von Helmut Kohl angeführte CDU/CSU auf 46% aller Wahlberechtigten – und blieb in der Opposition. Das zeigt drastisch an, wie wenig Volksparteien die „Volksparteien“ (die SPD musste sich gar mit ca. 16% der Wahlberechtigten bescheiden; auch die Sozialdemokraten lagen in den 1970er Jahren schon bei über 40% aller zur Wahl berechtigten Bürger) noch sind, bezieht man ihre Unterstützung bei Wahlen nicht allein auf diejenigen, die noch elektoral mitmachen, sondern auf den zum Wahlakt legitimierten Demos insgesamt. Nahm man alle Wahlberechtigten, so kamen CDU/CSU und FDP gerade auf ein Drittel Zustimmung für ihr Regierungsprojekt. Noch keine andere Regierung in der bundesdeutschen Geschichte war mit einer solch geringen Unterstützung in das Amt gelangt. 1961, als die letzte Runde der Adenauerära einsetzte, und 1983, als die lange Ära Kohl begann, erteilten immerhin nahezu 50% aller Wahlberechtigten dem bürgerlichen Lager ihre Legitimation. Damit ließ sich regieren. Währenddessen wirkt die gegenwärtige Bundesregierung oft wie getrieben, vielleicht auch deshalb, weil ihr gegenwärtig ist, dass zwei Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung ihr die Zustimmung verweigern, einen Auftrag nicht erteilt haben.



Bildungs- und Mittelschichtdominanz

Fast 100 Jahre lang waren die einstigen Volksparteien bzw. ihre Vorläufer – die Sozialdemokratie, das katholische Zentrum und in deren Erbfolge, auch noch die frühe Christdemokratie – Vertretungen der sozialen Underdogs mit Aufstiegsaspirationen, die in der offiziellen Gesellschaft keine Entfaltung fanden. Hier boten die Parteiorganisationen Emanzipationswege an, gleichsam eigenkulturelle Leitern für weiterführende Karrieren. Mittlerweile aber sind Parteien Mittelschichtveranstaltungen, Vehikel für diejenigen, die ihre Aufstiegschance bereits genutzt haben und über die Parteien ihr Chancenpotenzial zusätzlich noch optimieren wollen. Die Parteimoderisierungen der vergangenen Jahre haben die Bildungs- und Mittelschichtdominanz eher noch potenziert. Denn in den Projekt- und Ideeninitiativen, Themen- und Onlineparteien der Organisationsreformer können allein die Topdogs reüssieren: jene, die über Kompetenz durch Wissen, über Kommunikations- und Vernetzungsqualitäten verfügen.



Abb. 1: Nur echt im T-Shirt – Prof. Dr. Franz Walter am 25. Februar 2011 in der Berliner Kalkscheune

Die Verlierer und Verlorenen der Informations- und Mobilitätsgesellschaft hingegen finden in den Parteireformprojekten keinen Platz mehr. Die Medien-, Kommunikations- und Chatpartei der akademischen Mittelschichten ist ihrer Lebenswelt fremd, bietet ihnen keinen Raum für praktische Teilhabe, behaust und beheimatet sie nicht mehr. Je moderner die Parteiorganisationen geworden sind, desto weniger ist das untere Drittel dort noch vertreten. In dem Maße, in dem sich dieses Drittel aus den Parteien zurückgezogen hat, in dem Maße hat es sich auch innerlich von der Politik insgesamt abgewendet. Und mit der Distanz zu den Parteien ist das Unverständnis für den politischen Prozess gewachsen.

Mehr noch: Mit der Entfremdung gegenüber dem Politischen ist in den Hinterhöfen der Gesellschaft eine generelle Deaktivierung einhergegangen. Alle Erhebungen der Sozialforschung illustrieren, dass politisches Interesse und ehrenamtliches Engagement miteinander eng korrelieren. Wo dieser Konnex nicht mehr gegeben ist – übrigens gesellschaftlich

ganz unten wie in einem Teil der jungen Kohorte sozial ganz oben –, da wächst eine aggressive Antipolitik, eine Staats- und Parteiverachtung, ein negativer misanthropischer Individualismus, der von Engagement, Solidarität und Partizipation nichts mehr wissen will.

Oratorische Exklusion

Die Frage ist, welche Alternativen bereitstehen, ob die viel zitierte und hoch belobigte Zivil- und Teilhabegesellschaft zur Reintegration der Herausgefallenen, Überflüssigen, Marginalisierten beitragen mag, ob sie zur Partizipation und Selbstorganisation, zur Aktivierung und Einbeziehung des unteren gesellschaftlichen Fünftels taugt. Grund zur Skepsis gibt es reichlich. Bislang jedenfalls präsentiert sich die Bürgergesellschaft als Tableau akademischer Mittelschichten, nicht als Raum für bildungsferne Sozialgruppen. Und mittlerweile ist das zur Erfahrung geronnen: Die unteren Schichten haben in der Diskursöffentlichkeit stets den Kürzeren gezogen, verfügen nicht über Erfolgserlebnisse in den aktiven Partizipationsarenen und sind gerade deshalb vielfach beteiligungsblockiert. Arbeiter und Erwerbslose sind in Bürgerinitiativen, Bürgerausschüssen, Elternräten, Stadtteilprojekten etc. kaum bzw. höchst unterrepräsentativ vertreten. Sie werden von den Mittelschichtlern mit Abitur und Hochschulabschluss allein rhetorisch eingeschüchtert, man mag auch sagen: oratorisch exkludiert. Denn die Fähigkeit zur Partizipation ist gekoppelt an besondere Voraussetzungen: Sprachgewandtheit, Kompetenz, Selbstbewusstsein, Informationen. Partizipation prämiert privilegierte Karrieren im Bildungssystem. Die Teilhabedemokratie öffnet und verallgemeinert keineswegs die Chancen aller, wie ihre Befürworter vermuten, eher verfestigt sie die Elitenstruktur moderner Demokratien nach dem Auslaufen der Massen- und Kollektivorganisationen noch. Zugespitzt formuliert: In der Bürgergesellschaft stoßen wir nicht nur auf den verantwortungsbewussten und selbstlostüchtig um das Gemeinwesen besorgten citizen, hier treffen wir überdies und sicher nicht in geringer Zahl auf die sozial privilegierte, ihre genuinen Interessen kühl durchsetzenden Bürger von Besitz und Bildung.

Merkwürdigerweise wird das oft ignoriert. Seltsamerweise gibt es insofern eine ebenfalls verborgen gebliebene Gemeinsamkeit zwischen marktorthodoxen Wirtschaftsliberalen und gemeinsinnigen Bürgergesellschaftlern. Die Wirtschaftsliberalen glauben bekanntlich fest an die unsichtbare Hand des Marktes, die das Allgemeinwohl schon richten werde. Die Bürgergesellschaftler glauben ebenso fest an die „invisible hand“ des selbstorganisierten dritten Sektors, dessen Aktivitäten in der Summe Gemeinwohl und Gemeinwohl ergeben müssen. Das allerdings ist höchst zweifelhaft. Denn das Resultat aller Eigeninitiativen braucht nicht das wohlgeordnete Ganze, schon gar nicht das Gemeinwohl zu sein. Die Summe aller einzelnen Selbstorganisationen kann auch die tribalistische Gesellschaft

bedeuten, in der selbständige Bürgerzusammenschlüsse heftig rivalisierend gegeneinander rangeln. Gemeinsinn braucht vermutlich doch zusätzlich noch so etwas wie eine spezifische Sozialmoral, eine orientierende Weltanschauung auf das Ganze – auch wenn dergleichen Maximen altmodisch, vermufft, medial inkompatibel klingen mögen.

Natürlich und andererseits: Es hat sich das gesellschaftliche Fundament für bürgergesellschaftliche Eigenaktivitäten, hat sich die Zahl der zur autonomen Selbstorganisation befähigten Bürger während der letzten vier Jahrzehnte unzweifelhaft enorm verbreitert und vergrößert. Vor allem die Bildungs- und Wissensrevolution seit den 1960er Jahren hat viele Menschen kompetenter, selbständiger, eigenverantwortlicher gemacht. Innerhalb zweier Jahrzehnte hat sich die akademische Bildungsschicht in Westeuropa etwa verdoppelt. In ihren Berufen arbeiten die Angehörigen dieser Schicht oft alltäglich in Gruppenzusammenhängen und Projekten; sie agieren dort dialogisch, kreativ und selbständig. Und wer im Erwerbsleben kooperativ und kommunikativ handelt, der dürfte hierzu auch im Leben diesseits der Professionalität fähig und willens sein, dürfte zur Regelung des Gemeinwohls hinreichende Befugnisse und Qualifikationen besitzen. So jedenfalls haben es die Vordenker zur Formel gebündelt: Bildung gleich Kompetenz gleich Partizipation gleich bürgergesellschaftliches Engagement.

Indes: Ende der achtziger Jahre riss diese Kausalkette jäh ab. Der Zauber der zuvor laut ausgerufenen stillen Revolution verflog; es kehrten zwar nicht stattdessen, aber doch zusätzlich und koexistierend die klassischen Brot-und-Butter-Themen zurück; die Zahl der sogenannten Postmaterialisten schrumpfte während der 1990er Jahre in einem atemberaubenden Tempo. Schließlich hatte die Partizipationswelle der 1970/80er Jahre auch zur Ermüdung der Aktivisten geführt, welche im Laufe der 1990er Jahre in die Mitte des Lebens rückten, Kinder bekamen, im Beruf hart gefordert wurden. Dies führte zu einem großen Privatisierungsrückzug (zumindest aus der Politik).

Vom Protestmilieu zum Statusmilieu

Jedenfalls: Der „gesamtgesellschaftliche“ Ansatz, der die erste Partizipationskohorte in ihrer Konstitutionsphase so stark geprägt hatte, wurde mindestens zwischenzeitlich ad acta gelegt. In ihrer durchaus elitären Verachtung für einen ungeistigen Hedonismus und schnäppchenjagenden Konsummaterialismus stellten sich (Ex-)Postmaterielle sukzessive in die lange Kontinuität des deutschen Bildungsbürgertums. Dabei zeichnen sie sich selbst durch einen hohen luxuriösen Konsumstil aus: Edel essen gehen, exquisite Weine trinken, teure und weite Reisen unternehmen – das alles gehört zum distinkten Savoir-vivre. Von der alten Gesellschaftskritik ist kaum etwas übrig geblieben außer einem etwas manierierten Gestus, nicht dem vulgären Mainstream anzuhängen. Die Postmateriellen sind auf diese Weise während der letzten zwei Jahrzehnte von

einem Protestmilieu zum Statusmilieu mutiert, mit expliziter Distinktion gegenüber den Lebensstilen unten. Sie möchten schon „entre nous“ bleiben. Zivilgesellschaftliche Samariter in (oder gar mitwohnender Teil) den Unterschichtenmilieus sind sie nicht. Milieuforscher haben in den letzten Jahren bezeichnenderweise mehr und mehr auf die Kategorie der „Postmateriellen“ verzichtet



Abb. 2: Hausfassade in der Brunnenstraße, Berlin-Mitte (Foto: Martin Wiesbauer)

Zuvor war zu erleben, dass die Partizipationsaktivitäten und kulturellen Ausdifferenzierungen zu einer zusätzlich gestiegenen Komplexität (aufgrund der ausgefächerten Artikulation von verschiedenartigsten Interessen und Vetopositionen) geführt hatten, die wiederum in paradoxer Weise allesamt zu einer Zentralisierung politischer Entscheidungen in eher wenig transparenten Räumen geführt haben, um überhaupt handlungsfähig zu bleiben. Teilhabe und Öffentlichkeit bewirkten Oligarchisierung und das Arkanum. Denn schließlich: Politik benötigt autonome Räume. Gute Politiker müssen beweglich sein, bluffen können, Optionen haben, überraschende Schachzüge riskieren; sie müssen taktieren, täuschen, rochieren – und am Ende oft genug einen raffinierten Kuhhandel betreiben. Nichts davon aber kann ein Politiker, der plebiszitär an die Kette basisdemokratischer Teilhaber gelegt worden ist. Politische Strategien lassen sich schwerlich demokratisieren, gehören nicht in die offene Arena von Partizipationsakteuren.

Auch deshalb hat der Politische Soziologe Ingolf Blühdorn ein besonders düsteres Bild vom Zustand und von der Zukunft der Demokratie gezeichnet, da er von einer „simulativen Demokratie“ spricht, die an die Stelle der partizipatorischen Demokratisierungsbemühungen besonders der neuen sozialen Bewegungen in den 1960er und 1970er Jahren getreten sei. Auch er geht davon aus, dass es zuletzt einen rasant ausweiteten Zugang zu Wissen und Informationen gegeben habe. Aber die Mehrung des Wissenskapitals bildet für ihn



keineswegs das Eingangstor zur erhöhten politischen Teilhabe. Denn zugleich habe sich durch die Vervielfältigung von Daten und Kompetenz die Komplexität in Gesellschaft, Ökonomie und Politik auf eine Weise verstärkt, dass die Menschen, deren normatives Rüstzeug im gleichen Prozess eher ausgedünnt wurde, den Überblick und ihre Beurteilungssouveränität verloren haben. So sei in den moderneren Gesellschaften ein Gefühl tiefer Verunsicherung und der Verwundbarkeit entstanden, was zu einem Rückzug der Bürger aus den schwierigen öffentlichen Angelegenheiten in das Private geführt habe. In Fragen der Politik herrsche bei ihnen Zynismus, vor allem aber Apathie. Deshalb überlassen sie den Professionellen der Parteien vollständig die politische Arena.

Durch diese apathiestützige Delegation von Politik habe sich eine simulative Demokratie entwickelt, in der die Bürger ihre Freiheit allein als Konsumenten auf den Märkten suchen, die Politik aber den etablierten und in regelmäßigen Abständen durch Wahlen legitimierten Eliten abtreten. Wo andere Interpreten in Bezug auf das politische System von einer „Postdemokratie“ sprechen, führte unser Autor komplementär den Begriff der „Postökologie“ hinzu. Die ökologisch-partizipatorischen Bewegungen der 1970er Jahre hätten mit ihrem ursprünglichen Anspruch längst gebrochen, da sie – im Zuge einer „silent counter revolution“ – mittlerweile den Effizienzlogiken der Marktgesellschaften folgten. Nahezu fatalistisch charakterisiert er Entpolitisierung bzw. Delegierung des Politischen an professionelle Eliten als passförmiges Mittel, um die Zahl von Veto-Spielern zu reduzieren, Prozesse der Entscheidungsfindung zu vereinfachen und das spätmoderne Leiden an fundamentalen Unsicherheiten und Entscheidungsstaus zu mindern.

Doch vielleicht ist solcher Pessimismus auch erheblich übertrieben. Schließlich legen Werteforscher empiriegesättigt dar, dass Menschen, welche tätig an komplexen Mitwirkungsprozessen mitwirken, die größte Einsicht in die der Moderne inhärenten Widersprüche und Aporien der Politik erhalten. Das würde schon dafür sprechen, Politik nicht nur an eine winzigen Elite von Professionellen „abzutreten“. Im Übrigen: An dieser Überforderung würde die politische Klasse schier zerbrechen.

Alte werden jünger

Doch für eine Rückkehr von Partizipation sprechen auch noch andere, gewissermaßen soziodemografische Gründe. Soziologische Studien zeigen, dass die Menschen im mittleren Alter, so zwischen 30 und 50, sozial besonders integriert und angepasst sind, Sicherheit bevorzugen, vor Experimenten zurückschrecken. Eben das charakterisierte die Kerne der ersten Partizipationsgeneration in Deutschland, beschreibt gleichsam die politische Kultur des letzten Jahrzehnts des 20. und des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts, was Blühdorn als „simulative Demokratie“ nicht historisiert, sondern als Grund-

zug der modernen kapitalistischen Gesellschaften insgesamt – möglicherweise eben vorschnell – verallgemeinert hat.

Jedenfalls: Nach diesem biographischen Lebensabschnitt, spätestens wenn man den 55. Geburtstag hinter sich hat, wird man nach Auskunft der soziologischen Altersforscher ein „junger Alter“. Dann aber, ohne die Bürde von Beruf und Kindern, kann eine neue Phase gesellschaftlicher Teilhabe, experimentell-neugieriger Aktivitäten beginnen. Kurzum und dies alles vorausgesetzt: Mental dürften die biologisch alt gewordenen Zugehörigen der ersten Partizipationskohorte (und somit der geburtenstarken Jahrgänge!) infolgedessen demnächst wieder „jünger“, also aktiver werden. Sie geben sich ja auch neuerdings bereits so. Kurzum und ein bisschen salopp: Spätestens zwischen 2015 und 2025 werden sich Hunderttausende hochmotivierter und rüstiger Rentner mit dem gesamten Know-How juveniler Demonstrationserfahrungen aus den spätsiebziger und fröhachtziger Jahren in die Schlacht werfen. Das Altern der Republik wird zunächst nicht zu Apathie, Erstarrung, Indifferenz in den öffentlichen Angelegenheiten führen – im Gegenteil.

In Stuttgart ließ sich das im letzten Jahr bereits rund um den Hauptbahnhof prägnant beobachten. Ein Göttinger Forschungsprojekt hat dies über Wochen auch getan. Dass bei den Montagsdemonstrationen in der schwäbischen Kapitale überwiegend kundgebungsfremde klassische Konservative unterwegs waren, die im Laufe ihres nunmehr ersten Aufbegehrens Zuneigung für alternative Denk- und Lebensarten entdeckt hätten, wurde zwar oft in Zeitungskommentaren erzählt, aber die Realität traf es nicht. Hier gingen nicht in der Hauptsache erstmals Bürger auf die Straße, die zuvor als ehrbare Honoratioren mit dergleichen Demonstrationsformen aus dem Arsenal der radikalen Linken nie etwas im Sinne hatten.

Zweite Luft für Bürgerschaftliches Engagement

Zunächst: Protest und Bürgertum haben sich auch im 20. Jahrhundert nicht ausgeschlossen. Die großen Protestwellen mindestens seit den 1960er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland waren ganz überwiegend durch bürgerliche Akteure geprägt. Die 68er Studenten kamen nicht aus dem Proletariat. Die erzürnten Bürger und Bauern auf dem Bauplatz in Wyhl stammten nicht aus roten Quartieren nahe großindustrieller Hochöfen oder Fördertürme. Und auf den ökopa-zifistischen Kundgebungen der späten 1970er/frühen 1980er Jahren, aus denen letztlich die Grünen sich nähren und parteipolitisch konstituieren konnten, versammelte sich ganz überwiegend der Nachwuchs des deutschen Bildungsbürgertums. Nun sind seither 30 bis 40 Jahre ins Land gegangen. Die ehemaligen 68er und 78er streben dem Pensionärsalter entgegen oder haben sich nach allerlei traurigen Burn-out-Vorfällen bereits als frühe Ruheständler eingerichtet. Und jetzt haben sie infolgedessen auch wieder mehr Zeit und Kraft für



das im Berufsleben zeitweise ausgesetzte „zivilgesellschaftliche Engagement“.

Jedenfalls: Beinahe die Hälfte der Teilnehmer an den Stuttgarter Aktionen gegen das Bahnprojekt waren älter als 45 Jahre. Ca. 42% der Demonstranten verfügten über einen Hochschulabschluss; gut 70% haben die Abiturprüfung erfolgreich bestanden. Es ist – und das zeigte erneut den Zensuscharakter der partizipatorischen Demokratie – eine durchaus privilegierte Schicht, die sich da vor dem Rathaus und im Mittleren Schlossgarten Gehör verschaffte. Daraus machen die Akteure auch keinen Hehl: Gegenüber den Göttinger Forschern taten sie in ihrer großen Mehrheit kund, dass sie mit ihrer persönlichen Situation außerordentlich zufrieden sind. Zugleich aber äußerten sie größtes Unbehagen an den politischen und ökologischen Zuständen der Republik.

Das Gros davon hat keineswegs zum ersten Mal in seinem Leben gegen Obrigkeit und herrschende Strukturen opponiert. Rund 80% derjenigen, die in diesen Wochen der Landesregierung ihr „Nein“ öffentlich entgegenrufen, waren schon in früheren Jahrzehnten aktiv dabei, wenn die Parole skandiert wurde: „Wehrt euch, leistet Widerstand gegen Berufsverbote,

Atomkraftwerke oder Raketen in diesem Land.“ Ein Teil hatte bereits 1968 die Notstandsgesetzgebung verhindern wollen; größere Segmente waren gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen aufmarschiert, und auf der berühmten Links-Mitte-Rechts-Achse verortet sich die Majorität der erfahrenen Aktivisten innerhalb der aktuellen Stuttgarter Fronde des Jahres 2010 deshalb mit großer Selbstverständlichkeit auf der linken Seite des politischen Spektrums.

Wer in Stuttgart protestierte, hielt die Aushandlungsprozesse der letzten Jahre größtenteils für einen „undemokratischen Prozess“. Plebiszitäre Partizipation gilt als Trumpf im Lager der Demonstranten. Dass damit gesellschaftliche Desintegrations- und Benachteiligungsprozesse allerdings keineswegs zurückgeführt werden, darüber machen sich die Akteure dort verblüffend wenig Gedanken.

Prof. Dr. Franz Walter

Institut für Demokratieforschung, Georg-August-Universität Göttingen

7. Vergaberechtsforum Nord des vhw

Montag, 23. Mai, und Dienstag, 24. Mai 2011 in Hamburg

Das Vergaberecht ist in ständigem Wandel: aufsehenerregende Rechtsprechung, neue Gesetzgebung und schwierige Praxisfragen. Informieren Sie sich bei dieser zweitägigen Veranstaltung über die aktuellen Entwicklungen, diskutieren Sie mit den Experten und tauschen Sie untereinander Erfahrungen aus!

Ihre Referenten und Themen:

Montag, 23. Mai:

Dr. Rüdiger Kratzenberg: Neueste Entwicklungen im deutschen und europäischen Vergaberecht

Jochem Gröning: Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs

Detlef Holger Sturhahn: Neues Recht und alte Fehler: Stolpersteine im Bereich der Eignungsprüfung

Turgut Pencereci: Nebenangebote – noch sinnvoll und zulässig?

Reinhard Wilke: Der Kunde ist König – Wie frei sind die Vergabestellen bei der Beschaffung?

Dienstag, 24. Mai:

Kersten Wagner-Cardinal: Reden ist Silber ... Grenzen zulässiger Verhandlungen im Vergabeverfahren

Prof. Dr. Marius Raabe: Nachträgliche Vertragsänderung und Vergabepflicht

Friedrich Wesemann: VOF oder: Wie finde ich den Freiberufler meines Vertrauens?

Beate Becker: Konzernstadt Hamburg – Probleme der Inhouse-vergabe

Veranstaltungsort:

Hotel Hafen Hamburg

Seewartenstraße 9
20459 Hamburg

Veranstaltungsbeginn:

23. Mai: 9.50 Uhr
24. Mai: 9.00 Uhr

Tagungsgebühren:

590,00 Euro für Mitglieder des vhw
670,00 Euro für Nichtmitglieder

Weitere Informationen:

Telefon (0511) 984225-0
oder www.vhw.de